



Nr. 16 / 24.06.2021

Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie: Bürgerbeauftragte bietet erneut Online-Sprechtag an

Die Bürgerbeauftragte unterstützt weiterhin die Entscheidung des Landtagspräsidenten, angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens die Zahl der persönlichen Kontakte auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Daher können auch in den kommenden Wochen persönliche Sprechtag vor Ort nicht stattfinden. Anstelle des am 1. Juli 2021 in Lübeck geplanten Sprechtags bietet die Bürgerbeauftragte deshalb erneut eine Beratung im Online-Format an.

Probleme bei Hartz IV, wie zum Beispiel mit der Übernahme der Kosten für Miete oder Heizung, mit der Hilfe zum Lebensunterhalt, dem Wohngeld oder auch mit Leistungen der Krankenkassen oder Schwierigkeiten beim Kindergeld – die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Samiah El Samadoni, hilft bei allen Fragen rund um das Sozialrecht. Darüber hinaus berät die Bürgerbeauftragte auch als Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Landes und als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen dieser Sprechstunde. Zudem ist die Bürgerbeauftragte auch Beauftragte für die Landespolizei und damit Ansprechpartnerin für Beschwerden von Bürger*innen und Eingaben von Polizist*innen.

Anstelle des Sprechtags in Lübeck berät die Bürgerbeauftragte, wie immer unabhängig und kostenlos, am

Donnerstag, den 1. Juli 2021 von 10:00 bis 16:00 Uhr.

Erforderlich ist vorab eine Terminvereinbarung, es wird um eine telefonische Anmeldung unter 0431/988-1240 gebeten. Hilfesuchende können entweder ein Online-Beratungsgespräch in einem datensicheren Videokonferenzraum vereinbaren; sie erhalten in diesem Fall einen Link für den vereinbarten Termin. Alternativ kann das Beratungsgespräch telefonisch erfolgen; die Bürger*innen erhalten dann zum vereinbarten Termin einen Rückruf der Bürgerbeauftragten.

Daneben erhalten Bürger*innen selbstverständlich auch weiterhin montags bis freitags zwischen 9:00 Uhr und 15:00 Uhr (mittwochs bis 18:30 Uhr) sowie nach Vereinbarung von den Mitarbeitenden der Bürgerbeauftragten sozialrechtliche Beratung am Telefon, per E-Mail oder per Post. Auch können sich Bürger*innen in allen weiteren Zuständigkeiten (Polizeibeauftragte,

Antidiskriminierungsstelle und Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche) ratsuchend an die Dienststelle der Bürgerbeauftragten wenden.

Sie erreichen das Büro unter: 0431-988 1240 bzw. über folgende E-Mailadressen:

buengerbeauftragte@landtag.ltsh.de

polizeibeauftragte@landtag.ltsh.de

antidiskriminierungsstelle@landtag.ltsh.de und

beschwerdich@landtag.ltsh.de